Gewährleistungsrechtliche oder einvernehmliche Vertragsauflösung? â?? OGH 14.01.2025, 10 Ob 66/24i

Description

Date Created 01.05.2025 Meta Fields

Inhalt: In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt übergab der Verkäufer dem Käufer einen mangelhaften Býrocontainer. Nachdem der Käufer Nachbesserung (Verbesserung) begehrte, bot der VerkĤufer die einvernehmliche VertragsauflĶsung an. Trotz diesbezù/4glicher GesprĤche (der Käufer wäre mit der angebotenen Vertragsauflösung einverstanden gewesen, wenn der Verkäufer zusätzlich beheben, lĶste der KĤufer den Kaufvertrag sodann gewĤhrleitungsrechtlich nach § 932 Abs 4 ABGB auf. Im Rahmen der GewĤhrleistung kann der KĤufer vom VerkĤufer zunĤchst NacherfĹ¼llung (Nachbesserung der mangelbehafteten Sache oder Nachlieferung einer mangelfreien Sache) verlangen. Hintergrund ist, dass dem VerkA¤ufer von Gesetzes wegen eine zweite ErfA¹¼llungschance und damit die Nacherfüllung zu tragen hat. Aus bestimmten Gründen â?? etwa wegen beharrlicher Weigerung der Durchführung der Nacherfüllung oder wegen erfolglosen Verbesserungsversuches â?? kann der Käufer bei Kaufsache nach sich zieht: zB wasserundichte Gummistiefel) anstelle der NacherfÄ1/4llung das KaufvertragsverhĤltnis beenden und den Kaufpreis gegen Rückgabe der (mangelhaften) Kaufsache zurĽckfordern (gewĤhrleistungsrechtliche VertragsauflĶsung nach § 932 Abs 4 ABGB; seit der Novelle 2022 [BGBl I 175/2021] kann diese VertragsauflĶsung auÄ?ergerichtlich durch WillenserklĤrung erfolgen, davor musste die VertragsauflĶsung vor Gericht erklĤrt werden [â??Wandlungâ??]). Das Wesen der gewĤhrleistungsrechtlichen VertragsauflĶsung besteht darin, dass es sich um ein sogenanntes Gestaltungsrecht handelt. Es zeichnet sich dadurch aus, dass es ohne Mitwirkung des Vertragspartners ausgeýbt und gleichsam einseitig die Rechtslage verändert werden kann: Bei Vorliegen der Voraussetzungen (wesentlicher Mangel, keine [ordnungsgemĤÃ?] erfolgte Nacherfù¼llung) hat es der Käufer in der Hand, ohne Zutun des VerkA¤ufers den Vertrag aufzulA¶sen und rA¹¼ckabzuwickeln. Hinweise fA¹¼r die Praxis: In der unternehmerischen Praxis kommt es nicht selten vor, dass ein KaufvertragsverhĤltnis nach Hervortreten eines Mangels einvernehmlich aufgelĶst werden soll. Man kann in diesem Zusammenhang auch von â??AuflA¶sungsvertragâ?? sprechen, dessen Zustandekommen der Mitwirkung der Vertragsparteien bedarf und damit â?? wie jeder Vertrag â?? mehrseitig ist. Aus rechtstechnischer Sicht handelt es sich dabei um ein von der gewĤhrleistungsrechtlichen AuflĶsung nach § 932 Abs 4 ABGB losgelĶstes Instrument. Der AuflĶsungsvertrag unterliegt daher â?? innerhalb der allgemeinen rechtlichen Grenzen wie etwa Sittenwidrigkeit â?? der **Disposition** der Vertragsparteien, sodass etwa (auf Tatbestandsebene) auch andere als die in § 932 Abs 4 ABGB normierten AuflĶsungsvoraussetzungen vereinbart werden kĶnnen. Die einvernehmliche VertragsauflĶsung kann aus Grù/4nden der ZweckmäÃ?igkeit fù/4r die Vertragsparteien vorteilhaft sein: Einerseits kA¶nnen etwa auch auf Ebene der **Rechtsfolgen** A¼ber die â??bloA?eâ?? AuflĶsung und Rýckabwicklung hinausgehende Punkte geregelt werden, zB ein etwaiger zusĤtzlicher Ersatz fÃ¹/₄r käuferseitige Aufwendungen; andererseits erspart sich der Verkäufer dadurch die in der Praxis manchmal als störend empfundene Nacherfù¼llung. Es ist zu beachten, dass bloÃ?e Gespräche ù¼ber einen etwaigen einvernehmlichen AuflĶsungsvertrag einen Zusatz zu dem GewĤhrleistungsrecht darstellen, das hei�t weder die zunächst gewährleistungsrechtlich geschuldete Nacherfüllung noch das einseitige gewĤhrleistungsrechtliche AuflĶsungsrecht nach § 932 Abs 4 ABGB berļhren oder gar ausschlieÄ?en (aus Vorsichtsgrù/4nden und zur Klarstellung sollte der Käufer aber in einem wie dem vorliegenden Sachverhalt vorab darauf hinweisen, dass GesprĤche über einen etwaigen Auflösungsvertrag seine GewĤhrleistungsrechte unberļhrt lassen): Der KĤufer kann beispielsweise trotz (vergeblich) gefļhrter Verhandlungen über einen Auflösungsvertrag die Nacherfüllung verlangen oder â?? bei Vorliegen der Voraussetzungen â?? den Vertrag nach § 932 Abs 4 ABGB durch WillenserklĤrung einseitig auflĶsen.